



HAUSHALT 2020

Wir haben mit der „politischen Liste“ unsere Schwerpunktsetzung für das Haushaltsjahr 2020 auf den Weg gebracht!

LANDARZTQUOTE

Im Interview mit unserem gesundheitspolitischen Sprecher geht es um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum

CYBERSICHERES NIEDERSACHSEN

Niedersachsen wappnet sich in der Bekämpfung von Hackerangriffen und stärkt den Bereich der Cybersecurity



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2019 neigt sich dem Ende entgegen und ich hoffe, dass Sie im Kreise Ihrer Familien und Freunde besinnliche Weihnachtstage genießen konnten. Politisch blicken wir in Niedersachsen auf spannende Haushaltsberatungen in den letzten Wochen zurück. Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Dezember-Plenarsitzung den Haushalt für das Jahr 2020 verabschiedet. Im Rahmen der „politischen Liste“ haben die Regierungsfractionen von SPD und CDU einen Maßnahmenkatalog mit einem Gesamtvolumen von rund 106 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2020 auf den Weg gebracht.

Mit unserem Änderungsvorschlag zum Haushalt nehmen wir wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Bundeslandes vor. Dabei haben die regierungstragenden Fraktionen im Rahmen ihrer politischen Liste vor allem Schwerpunkte auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Klimaschutz, die Sicherheit sowie Investitionen in Infrastruktur und Innovationen in unserem Bundesland gelegt. Was genau sich hinter der politischen Liste der Regierungsfractionen verbirgt, lesen Sie auf den nachfolgenden Seiten.

In diesem Sinne möchte ich zu meinen Anfangsworten zurückkehren und Ihnen einen guten Start ins neue Jahr wünschen.

Ihre Johanne Modder,

Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



POLITISCHE LISTE: WEGWEISENDE INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT UNSERES BUNDESLANDES

Die politische Liste ist die Schwerpunktsetzung der Regierungsfractionen im Landeshaushalt 2020. Herausgekommen ist bei den diesjährigen Haushaltsklausuren ein Katalog von Maßnahmen und Projekten in Höhe von rund 106 Millionen Euro, um die innere Sicherheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Klima- und Umweltschutz sowie die Innovationen für Niedersachsen zu stärken.

Gute Bildung bleibt weiterhin das Fundament der niedersächsischen Landespolitik. Dazu erklärt Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion: „Mit der Erhöhung des Budgets für die berufsbildenden Schulen um 7,5 Millionen Euro stellen wir wichtige Mittel für die Vertretungskräfte in den BBSen in Niedersachsen bereit. Zur Stärkung der Schulsozialarbeit in Landesverantwortung und zum Ausbau der multiprofessionellen Teams schaffen wir zusätzlich 100 pädagogische Stellen. Um das lebenslange Lernen weiter zu fördern, werden wir die Einrichtungen und Angebote der Erwachsenenbildung in Niedersachsen ausbauen und erhöhen die Finanzhilfe dafür um 2 Millionen Euro.“

Die SPD-Landtagsfraktion stärkt den Klimaschutz mit Mitteln in Höhe von 37,7 Millionen Euro und sieht dabei Investitionen in die niedersächsischen Wälder, in neue Radwege sowie in Projekte zur Wasserspeicherung und Grundwasseranreicherung vor. Zudem investieren

die Regierungsfractionen mehr als 13,3 Millionen Euro in die Sicherheit unseres Bundeslandes. Dabei entfallen 4,6 Millionen Euro auf die zusätzliche Ausstattung unserer Polizei sowie drei Millionen Euro auf zusätzliche Fahrzeuge für Katastrophenschutz, Hilfsorganisationen und Feuerwehr.

Johanne Modder weiter: „Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Niedersachsen weiter voranzutreiben und die soziale Arbeit vor Ort zu stärken, sorgen wir für eine dauerhafte Erhöhung der Mittel der Wohlfahrtspflege. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erhalten damit mehr Planungssicherheit und werden in die Lage versetzt, ihre Leistungen in gleichbleibender Qualität und in dem bisherigen Umfang anbieten zu können. Außerdem wollen wir den Kinderschutz in Niedersachsen verstärkt in den Fokus nehmen – insbesondere vor dem Hintergrund der schrecklichen Missbrauchsfälle in Lügde. Hierzu schaffen wir mit den Mitteln der politischen Liste ein neues Kinderschutzzentrum und bezuschussen Beratungsstellen und Koordinierungszentren. Und nicht zuletzt haben sich die Regierungsfractionen auf die Beitragsfreiheit für die niedersächsische Pflegekammer verständigt.“

Weitere Informationen und Zahlen zur politischen Liste erhalten Sie auf der Internetseite der SPD-Landtagsfraktion.

UWE SCHWARZ ZUR PFLEGEKAMMER IN NIEDERSACHSEN



TiL: Die erhobenen Mitgliedsbeiträge der Pflegekammer waren ein häufiger Kritikpunkt. Wie geht die SPD-Landtagsfraktion damit um?

Uwe Schwarz: Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 haben wir uns als SPD jetzt mit großem Nachdruck und nach intensiven Gesprächen mit dem Koalitionspartner dafür entschieden, dass die Beiträge zur Pflegekammer ab sofort und dauerhaft vom Land übernommen werden und nicht mehr von den Pflegekräften zu entrichten sind. Die bereits geleisteten Zahlungen sollen zurückerstattet werden und

Mahnschreiben sind damit gegenstandslos.

Wir korrigieren somit unseren Fehler, dass die Kammer in ihrer Gründungsphase keine Anschubfinanzierung bekommen hat. An einer Pflichtmitgliedschaft für alle Pflegekräfte halten wir dennoch fest. Eine berufspolitische Vertretung durch die Kammer muss auf breiten Schultern stehen.

TiL: Warum ist die Pflegekammer organisatorisch eigentlich eine Kammer?

Schwarz: Wir sind davon überzeugt, dass die Pflegekammer

dem Berufsstand der Pflege mehr Unabhängigkeit und Einflussnahme in eigener Sache ermöglichen kann. Im Gesundheitswesen sind fast alle Berufe in Kammern organisiert. Die SPD will, dass die Pflege endlich auf Augenhöhe mit den anderen Berufen im Gesundheitswesen wahrgenommen wird. Aus unserer Sicht haben sich deshalb die Gründe für die Schaffung einer eigenen, berufsständischen Organisation in der Pflege nicht geändert. Denn nur mit einer Pflegekammer übernehmen die in die Kammerversammlung gewählten Pflegekräfte die Verantwortung für den eigenen Berufsstand und die Weiterentwicklung in der Pflege.

TiL: Wie nimmst du die Kritik aus den Reihen der Opposition wahr?

Schwarz: Dass ausgerechnet die FDP im Niedersächsischen Landtag versucht, sich als Interessenvertreter der Pflege darzustellen, ist völlig ungläubwürdig. Bis heute hat sich die FDP gegen einen Tarifvertrag Soziales ausgesprochen und sogar Mindestlöhne in der Pflege abgelehnt. In Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein ist sie Mitglied der Landesregierung, und auch dort gibt es eine Pflegekammer. In Nordrhein-Westfalen wird gerade durch die dortige CDU/FDP-Landesregie-



© istockphoto, AndreyPopov

**„BEITRAGSFREIHEIT DER
PFLEGEKAMMER IST
WICHTIGES SIGNAL FÜR
NIEDERSÄCHSISCHE
PFLEGEKRÄFTE“**

rung die nächste Pflegekammer aufgebaut. Bundesgesundheitsminister Spahn hat sich jüngst für eine Bundespflegekammer ausgesprochen. Die Errichtung von Pflegekammern ist also keine politische Auseinandersetzung, sondern wird vielmehr in Niedersachsen parteipolitisch instrumentalisiert. Was uns einen sollte, ist die Verantwortung für eine starke Stellung der Pflege und die Wertschätzung für diesen schweren Beruf. Das war auch die Grundlage für den jetzt gefundenen Kompromiss von SPD und CDU in Niedersachsen.

TiL: Wie siehst du nun die Zukunft der niedersächsischen Pflegekammer?

Schwarz: Insgesamt ist die Lösung der Regierungsfractionen ein ausgewogener Kompromiss, der aus unserer Sicht auch dem seinerzeit in einer Umfrage ermittelten Wunsch von Pflegekräften nach Errichtung einer Pflegekammer weiterhin nachkommt, ohne sie finanziell zu belasten. Auch in unseren Augen hat die Kammer einen denkbar schlechten Start hingelegt, und den kann man nicht rückgängig machen. Jetzt muss sie schleunigst zeigen, dass sie für die Pflegekräfte etwas erreichen kann und einen echten Mehrwert darstellt. Nur so kann sie Vertrauen zurückgewinnen und die Akzeptanz der Pflegekräfte erlangen. Wir sind bereit, der Pflegekammer

diese Chance zu geben und deshalb mit insgesamt 6 Millionen Euro jährlich als Land die Pflichtbeiträge zu übernehmen. Mit der bereits laufenden Evaluierung wird sich Mitte nächsten Jahres zeigen, ob die Pflegekammer ihrer Aufgabenstellung gerecht werden kann. Bis dahin sollten wir sie ihre Arbeit machen lassen.



Uwe Schwarz
Gesundheitspolitischer Sprecher



© istockphoto, tomeru

SCHUTZ JÜDISCHEN LEBENS

Modder und Toepffer: Wir schützen fraktionsübergreifend jüdisches Leben in Niedersachsen, dafür stellen wir 2 Millionen Euro bereit

„Wir haben uns fraktionsübergreifend unter allen vier demokratischen Landtagsfraktionen darauf verständigt, den Schutz des jüdischen Lebens in Niedersachsen mit zusätzlichen Mitteln zu verstärken. Über unsere politische Liste stellen wir 2 Millionen Euro bereit, um die Sicherheit der jüdischen Gemeinden und Synagogen zu steigern sowie die Arbeit des jüngst eingesetzten Antisemitismusbeauftragten in Niedersachsen zu unterstützen“, erklären Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Dirk Toepffer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

„Der rechtsterroristische Anschlag von Halle, aber auch eine stark gesteigerte Fallzahl von antisemitischen Straftaten in Niedersachsen, geben Anlass zur Sorge. In Niedersachsen gab es allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 mehr Straftaten mit antisemitischem Motiv als im gesamten Vorjahr. Es muss daher unsere Aufgabe und höchste Priorität sein, ihre Sicherheit in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben zu gewährleisten!“, erklärt Johanne Modder.

„Wir haben uns kollektiv verpflichtet, eine Wiederholung der Shoa zu verhindern. Und haben uns verpflichtet, jüdisches Leben in allen Winkeln dieser immer komplizierter werdenden Welt zu schützen. Einer Verpflichtung, der wir als deutsche Demokratinnen und Demokraten auch künftig uneingeschränkt nachkommen werden. Wir stellen zusätzliche Mittel für die Arbeit der jüdischen Gemeinden bereit, für die Verbesserung der selbst organisierten Sicherheit, den

Antisemitismusbeauftragten, und ebenso werden wir für den polizeilichen Schutz Sorge tragen“, so Toepffer.

„Es ist furchtbar, zu sehen, dass für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Glaubensausübung zu einer Gefahr wird. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Synagogen Ziele von Terror, Angriffen und Hass werden; wenn Mitbürger, die eine Kippa tragen, auf offener Straße beleidigt und angegangen werden“, so die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder.

„Jüdisches Leben und jüdische Kultur gehören in die Mitte unserer Gesellschaft – als Teil unserer Kultur und unseres Miteinanders. Wir müssen einem Klima, in dem Hass und Intoleranz begünstigt werden, entgegenreten. Und wir müssen diejenigen stellen, die mit ihrer Sprache und Verrohung den Nährboden für diejenigen bereiten, die den Worten Taten folgen lassen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Toepffer.

Die demokratischen Fraktionen des Niedersächsischen Landtages von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP treten Antisemitismus und jeder weiteren Erscheinungsform von Extremismus entschieden entgegen und stehen fest an der Seite der mehr als 7.800 jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Niedersachsen.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

ÄRZTLICHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Schwarz: Evaluation zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum – Landarztquote kann wichtiger Baustein sein

Die Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine wegweisende Herausforderung in Niedersachsen. Die Verteilung von Allgemeinmedizinerinnen und Hausärzten weist deutliche regionale Unterschiede auf und zeigt, dass die Frage der Sicherstellung der Versorgung im Flächenland Niedersachsen von zentraler Bedeutung ist. Die jüngste Evaluation des Niedersächsischen Sozialministeriums auf Datengrundlage der Kassenärztlichen Vereinigung (KVN) weist vielschichtige Ergebnisse auf. Bis zum Jahr 2030 würde sich die Zahl der niedersächsischen Hausärztinnen und Hausärzte um 18 Prozent verringern. Das Angebot liege im Prognosezeitraum 20 Prozent unter dem Bedarf.

„Zudem erkennen wir, dass gerade junge Ärztinnen und Ärzte vermehrt nach einer Work-Life-Balance streben und in ihrer zukünftigen Berufsausgestaltung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung ist“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, und fügt an: „So ist davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2030 der Anteil der Medizinerinnen und Mediziner, die in Teilzeit arbeiten, steigt und eine Stundenreduzierung für eine größere Gruppe attraktiver wird. Außerdem streben immer mehr potenzielle Ärzte in Angestelltenverhältnisse, statt eigene Praxen zu gründen. Es ist davon auszugehen, dass das herkömmliche Arbeitsvolumen und traditionelle Arbeitsmodelle immer mehr schwinden.“

Die vorliegenden Ergebnisse und Analysen würden alarmierende Zahlen für die medizinische Versorgung gerade im ländlichen Raum in Niedersachsen aufzeigen, so Schwarz: „Dies sind allerdings für uns keine neuen Erkenntnisse. An der beschriebenen Problematik und entsprechenden Maßnahmen arbeiten wir bereits intensiv im Rahmen der Enquete-Kommission ‚Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen‘.“

Bisherige Ansätze, um gerade den ländlichen Raum für Medizinerinnen und Mediziner attraktiver zu gestalten, waren beispielsweise die finanzielle Förderung von Gründungen neuer oder Übernahmen bestehender ärztlicher Niederlas-

sungen. Um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung zu gewährleisten, ist in einigen Regionen die Besetzung eines Kassenarztsitzes notwendig. Hier wurde seitens der KVN eine Umsatzgarantie für eine Dauer von bis zu zwei Jahren zugesichert, falls sich keine Ärztin oder kein Arzt für die Region gefunden hat. Somit sollten Praxisgründungen attraktiver gestaltet werden.

„Zwar zeigt sich, dass die Maßnahmen, die in der Evaluation benannt worden sind, allesamt zu einer Verbesserung beitragen, jedoch als alleinige Maßnahmen nicht ausreichen. Im Rahmen der Enquete-Kommission werden wir an dieser Stellschraube ziehen und weitere Konkretmaßnahmen erarbeiten. Für uns ist klar, dass zusätzliche und vor allem langfristige Schritte zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen notwendig sind. Perspektivisch müssen wir die sektorenübergreifende Versorgung weiter verbessern, den Aufbau von multiprofessionellen Gesundheitszentren vorantreiben und auch die Chancen der Digitalisierung in Hinblick auf Telemedizin und eHealth nutzen“, so der SPD-Gesundheitspolitiker Schwarz weiter.



Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU darauf verständigt, den Ausbau von Medizinstudienplätze in Niedersachsen weiter voranzutreiben. „Damit diese Bemühungen jedoch nicht nur in Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum Wirkung erzielen, kann die Einführung einer Landarztquote, oder richtigerweise Hausarztquote, ein wichtiger zusätzlicher Baustein sein. So ist denkbar, dass vorab zehn Prozent der Studienplätze für Medizinerinnen und Mediziner an diejenigen vergeben werden, die sich nach Studienabschluss für bis zu zehn Jahre verpflichten, als Arzt in einer unterversorgten Region im ländlichen Raum zu praktizieren. Länder wie Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben eine Landarztquote bereits eingeführt. Wir glauben, dass eine solche Quote ein wichtiges Anreizinstrument für junge Menschen sein kann. Nachdem der CDU-Landeschef bereits von einem Landarztprogramm gesprochen hat, sind wir überzeugt, dass wir die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in unserem Flächenland gemeinsam mit dem Koalitionspartner vorantreiben werden.“



Uwe Schwarz
Sozialpolitischer Sprecher



SOLIDARITÄT MIT DEN GILDE-BESCHÄFTIGTEN

Henning: Gilde Brauerei muss an Verhandlungstisch

Mit Sorge verfolgt die SPD-Landtagsfraktion die aktuelle Verweigerungshaltung der Gilde-Geschäftsführung, mit dem Betriebsrat an einem Verhandlungstisch zusammenzukommen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Abgeordneten der Fraktion an der Seite der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des ältesten Unternehmens der Landeshauptstadt. Die Beschäftigten der Brauerei rufen zum sechsten Warnstreif auf.

„Die SPD-Landtagsfraktion hat sich schon immer konsequent für faire Löhne und einen fairen Wettbewerb in Niedersachsen eingesetzt. Aus unserer Sicht muss zukünftig wieder ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten der Gilde Brauerei gelten“, erklärt der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Frank Henning im Rahmen einer Kundgebung der Brauerei-Beschäftigten vor dem Niedersächsischen Landtag und fügt an: „Es braucht einen Tarifvertrag für alle Beschäftigten und keine Unterteilung in eine Zwei-Klassen-Belegschaft. Außerdem muss eine drohende Schwächung der betrieblichen Mitbestimmung durch eine Spaltung des Unternehmens in vier eigenständige Gesellschaften dringend vermieden werden“, fordert Henning ein.

Die SPD-Landtagsfraktion appelliert an die hannoversche Traditionsmarke. „Unser Eindruck ist, dass in der Geschichte des Betriebes Arbeitsbedingungen im konstruktiven Austausch mit den gewerkschaftlichen

Interessenvertreterinnen und -vertretern vereinbart wurden. Die aktuellen Entwicklungen untergraben jedoch die Sozialpartnerschaft seitens des Unternehmens mit der Gewerkschaft tief. Dies ist ein Zustand, den wir so nicht hinnehmen werden“, so Frank Henning.

Auch wenn Gilde 2016 von der Brauereigruppe TCB übernommen wurde, dürfe es nicht sein, dass Tarifbedingungen nur für die Hälfte der mehr als 130 Beschäftigten gelten. Es müsse der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ herrschen, erklärt Henning: „Die SPD-Landtagsfraktion steht geschlossen an der Seite der Gilde-Beschäftigten und der Gewerkschaft. Gerade letztere hat eine hohe Gesprächsbereitschaft signalisiert, der sich die Betriebsführung nicht entziehen kann und darf. Kommen Sie an den Verhandlungstisch!“

Im Rahmen der November-Plenarsitzung haben die Fraktionen des Niedersächsischen Landtags über das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz der Landesregierung debattiert. Am Rande des Plenums waren ebenfalls Angestellte der Gilde Brauerei anwesend und Abgeordnete der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion besuchten den abendlichen Streikposten der Brauerei.



Frank Henning
stell. wirtschaftspolitischer Sprecher



CYBERSICHERHEIT FÜR NIEDERSACHSEN

Watermann: Neuer CIO der Landesregierung wird die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und die Cybersicherheit in Niedersachsen erhöhen

Während der Oktober-Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages wurde das Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) verabschiedet und die Rechtsgrundlage zur Einführung der digitalen Verwaltung und zu mehr Cybersicherheit in Niedersachsen geschaffen. Um die Herausforderung und Chancen der Digitalisierung in den nächsten Jahren stärker zu garantieren, hat sich die SPD-Landtagsfraktion für eine neuen Chief Information Officer (CIO) eingesetzt. Dieser trägt zukünftig die Hauptverantwortung zur Umsetzung und zum Schutz der digitalen Landesverwaltung.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uli Watermann: „Für uns ist klar, dass wir die Schubkraft für die digitale Verwaltung in den nächsten Jahren erhöhen müssen. Daher haben wir mit dem NDIG eine IT-Bevollmächtigte bzw. einen IT-Bevollmächtigten der Landesregierung gesetzlich festgelegt und nun im Rahmen der Haushaltsberatungen mit einer zusätzlichen Stelle im Innenministerium verankert.“ Mit dem Fortschreiten der Digitalisierung und den damit verbundenen Vorteilen steigt jedoch auch die Gefahr von Sicherheitsrisiken für die Landesverwaltung signifikant. Watermann ergänzt: „Viren und digitale Schadprogramme, insbesondere Ransomware, sind eine der größten Bedrohungen im Cyberraum. So hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik allein 2018 und 2019 mehr als 114 Millionen neue Schadprogramme beobachtet. Das sind täglich rund 350.000 neue Schadprogramme!“

Nach den Vorschriften der Richtlinie über den Umgang mit Sicherheitsvorfällen sind im Jahr 2018 dem N-CERT 107 Vorfälle gemeldet worden. Für das Jahr 2019 sind bislang 90 Sicherheitsvorfälle gemeldet und bekannt worden.

„Angesichts der steigenden Datenmengen, zunehmender Hackangriffe und höchstkomplexer Schadsoftwares halten wir als SPD-Landtagsfraktion die Einrichtung eines neuen Dienstpostens ‚Chief Information Officer‘ (CIO) im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Innenministeriums für absolut sinnvoll. Nur, wenn die digitale Sicherheit höchste Priorität hat, kann auch die Digitalisierung gelingen“, erklärt Watermann und fügt abschließend an: „Um die digitale Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Kommunen und nicht zuletzt auch der landesseitigen Infrastruktur zu gewährleisten, benötigt es einer hohen fachlichen Expertise. Diese soll in der Funktion des CIO gebündelt werden. Sie oder er wird zukünftig für die strategische Ausrichtung und die geplanten Ziele des IT-Einsatzes der Landesverwaltung zuständig sein. Insbesondere die Digitalisierung der Landesverwaltung weiter zu entwickeln, umzusetzen und zu überwachen, wird Teil des Aufgabenportfolios sein. Weiterhin rückt mit der Verantwortung der Cyber-Sicherheit und einer angemessenen Krisenprävention zum Schutz vor Angriffen aus dem Cyberraum auch die Gewährleistung der Sicherheit und Integrität des Landesnetzes in den Aufgabenfokus.“

Im Rahmen der politischen Liste haben die Regierungsfractionen eine zusätzliche Stelle für den Dienstposten eines Chief Information Officer (CIO) im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport geschaffen. Bislang oblag die Aufgabe in Personalunion dem Staatssekretär im Innenministerium.



Uli Watermann
Innenpolitischer Sprecher



PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Statement der sportpolitischen Sprecherin Dunja Kreiser zur Innenministerkonferenz

„Mit Schrecken müssen wir feststellen, dass nicht nur die Gewalt neben, sondern auch auf dem Fußballplatz die Freude am Spiel trägt. Gerade im Bereich des Amateurfußballs ist zu beobachten, dass nicht mehr nur der Sport im Fokus steht, sondern es allein in der Saison 2018/2019 zu 425 Gewalttaten in Niedersachsen kam. Dies ist ein Zustand, der für uns Sozialdemokratien und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar ist. Gerade der Amateurbereich nicht nur des Fußballs, sondern des Sports in seiner ganzen Bandbreite, lebt von seinem Ehrenamt. Gerade, weil Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter häufig Opfer von entsprechenden Taten werden, müssen wir diese mehr schützen und sie unterstützen.“

Im Zentrum des Sports sollen Spaß, Respekt und der Gedanke des Fair-Plays stehen. Mit aller Entschiedenheit müssen wir Angriffe, wie beispielsweise im September, als ein junger Sportler auf brutalste Weise Opfer eines Gewaltverbrechens auf dem Spielfeld im niedersächsischen Burgdorf geworden ist, ahnden und ihnen entgegentreten. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Landesinnenminister sich im Rahmen der Innenministerkonferenz dieser Thematik angenommen haben.

Es braucht deutlich härteren Sanktion für Gewalttäter im Amateurfußball und ein konsequentes Einschreiten aller sportliebenden Akteure bei Übergriffen und gewalttätigen Spielern und Fans. Wir müssen weiterhin Gewaltpräventionsprogramme unterstützen und den Dialog mit den Sportvereinen ausweiten, um das sportliche Miteinander weiter zu fördern. Außerdem reicht es nicht, mit Spielsperren den Aggressoren entgegentzutreten – wenn Gewalttaten begangen werden, muss das Strafrecht greifen!“



Finanzpolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt: Brüssel gibt grünes Licht für Rettungsplan der Nord/LB

Anfang Dezember hat die EU-Kommission in Brüssel grünes Licht für die Kapitalisierungsmaßnahmen der Landesregierung für die Nord/LB gegeben. Die Bestätigung aus Brüssel ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Kapitalstärkung der Nord/LB und zur Konsolidierung und Restrukturierung der Bank.

Die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Frauke Heiligenstadt erklärt dazu: „Mit dem Signal aus Brüssel ist der Weg frei für die weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kapitalstärkung bei der Nord/LB. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass die Europäische Kommission auch keinerlei Auflagen im Rahmen ihrer Prüfung gemacht hat. Das ist auch ein gutes Zeugnis für den beabsichtigten Weg, den die Nord/LB nun mit ihren Partnern beschreiten kann.“

Weitere Bedingungen sind jedoch zu erfüllen. So muss das Land Sachsen-Anhalt ebenfalls den Staatsvertrag unterzeichnen und die gesetzgeberischen Maßnahmen kurzfristig auf den Weg bringen. Gleichzeitig wird das Gesetz im Niedersächsischen Landtag beraten und voraussichtlich noch im Dezember-Plenum verabschiedet.

„Damit liegen wir im Zeitplan für das Gesetzgebungsvorhaben. Das Signal aus Brüssel ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Prozess. Allerdings ist damit die Restrukturierung der Norddeutschen Landesbank nicht beendet, sondern die eigentliche Arbeit im Rahmen des neuen Geschäftsmodells fängt dann erst richtig an“, so die Finanzpolitikerin Heiligenstadt weiter.



TIEMANN RÜCKT IN DIE SPD-FRAKTION NACH ZINKE ALS NEUER STELLVERTRETENDER VORSITZENDER GEWÄHLT

Mit Beginn der November-Plenarsitzung ist die 60-jährige Petra Tiemann neues Fraktionsmitglied der SPD-Landtagsfraktion. Tiemann folgt dabei auf den SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Santjer, der am 1. November dieses Jahres sein Amt als Oberbürgermeister in Cuxhaven angetreten hat.

Petra Tiemann war bereits während der 16. Wahlperiode von 2008 bis 2013 Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion, in der sie als Mitglied dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit angehörte. In der anschließenden 17. Wahlperiode von 2013 bis 2017 war sie als Sprecherin für Petitionen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der Landtagsfraktion aktiv.

Der SPD gehört Petra Tiemann seit 2001 an. Für die Sozialdemokratie engagiert sie sich neben ihrer Tätigkeit als Abgeordnete auch in den Gemeinden Kutenholz und Fredenbeck.

Bereits zuvor hat die SPD-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer Fraktionssitzung den 38-jährigen Walsroder Sebastian Zinke zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Damit folgt er ebenfalls auf den neuen Cuxhavener Oberbürgermeister Uwe Santjer, der sein Landtagsmandat niedergelegt hat. Zinke gehört der SPD-Landtagsfraktion seit der 18. Wahlperiode als direkt gewähltes Mitglied für den Wahlkreis 43 an. Er ist Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und Vorsitzender im Unterausschuss für Justizvollzug und Straffälligenhilfe. Zuvor arbeitete der Jurist und Polizeioberberater als persönlicher Referent bei der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion sowie im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Ehrenamtlich engagiert sich der Walsroder in der Kommunalpolitik der Gemeinde Bomlitz sowie als Mitglied des Kreistags im Heidekreis.



Petra Tiemann
Neues Fraktionsmitglied



Sebastian Zinke
Neuer Sprecher für Petitionen

ZUKUNFTSRÄUME NIEDERSACHSEN

Pantazis: Förderprogramm „Zukunftsräume“ geht an den Start – Großes Interesse der Kommunen

SPD-Landtagsfraktion startet ein Programm zur Unterstützung der sozialen Daseinsvorsorge auf dem Land. Das bereits erfolgreich angelaufene Projekt „Zukunftsräume Niedersachsen“ wird um den Teilaspekt der sozialen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum erweitert. Im Haushalt 2020 werden zusätzliche Fördermittel in Höhe von 3,75 Millionen Euro bereitgestellt, um Modellprojekte zu planen, die zur neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2021 auf eine breite Umsetzung und eine weitere millionenschwere Finanzierung hoffen können.



Dazu erklärt Dr. Christos Pantazis, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und regionalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Mit diesem komplett neuen Ansatz verfolgen wir das klare Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu ermöglichen und investieren daher massiv in die Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge auf dem Land. Diese ist der Grundstein für die Zukunft und den Zusammenhalt im ländlichen Raum.“ Die SPD-Landtagsfraktion hat die Fördermittel über die politische Liste im Rahmen der jüngst beendeten Haushaltsberatungen durchgesetzt.

Dr. Pantazis ergänzt: „In vielen ländlichen Regionen werden Probleme in der Daseinsvorsorge leider bereits sichtbar. Fehlende gesundheitliche Versorgungsstrukturen wie Haus- und Facharztpraxen sowie eine schlechte Anbindung an den ÖPNV führen zu einem Ungleichgewicht der Lebensverhältnisse in urbanen

und ländlichen Regionen.“ In einem Flächenland wie Niedersachsen dürfe dieser Entwicklung nicht tatenlos zugeschaut werden, so der SPD-Politiker Dr. Pantazis, und weiter: „Die Förderung ländlicher Gebiete besitzt für uns eine grundlegende Bedeutung, wir dürfen die Menschen im ländlichen Raum nicht im Stich lassen. Denn wohin dies führen kann, hat man leider nicht zuletzt bei den vergangenen Landtagswahlen in Ostdeutschland schmerzlich erfahren müssen.“

Um einer derartigen Entwicklung entgegenzusteuern, soll mit den nun bereitgestellten Zusatzmitteln der Erhalt von sozialen Dienstleistungen sichergestellt und die Abwanderung von Nahversorgern verhindert werden. Ziel ist es, den Erhalt sozialer Dienstleistungen abzusichern und den schleichenden Verlust von integrierten regionalen Versorgungskonzepten zu verhindern. Pantazis dazu: „Landesweit fehlen derzeit alleine mehr als 350 Allgemeinmediziner. Viele werden außerdem in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen. Das hat insbesondere auf den ländlichen Raum massive Auswirkungen: Es fehlen Nachfolger für Haus- und Facharztpraxen und Krankenhäuser, oder Pflegeeinrichtungen müssen zusammengelegt oder geschlossen werden“. Er betont: „Dieser Entwicklung tritt die SPD-Landtagsfraktion entschieden entgegen.“

Auch der Nahverkehr sei in ländlichen Regionen fast immer defizitär und müsse entsprechende Unterstützung erfahren: „Während in den Städten über digitale Vernetzung und Sharingangebote gesprochen wird, fehlt es auf dem Land oft schon an einem vernünftigen Busnetz. Die betroffenen Menschen werden so nicht nur abgehängt, auch die durch den Klimawandel dringend nötige Verkehrswende wird dadurch langfristig ins Stocken geraten“, warnt Pantazis.

Die nun eingestellten Fördermittel dienen dazu, über das zuständige Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten zunächst regionale Modellprojekte gemeinsam mit Trägern vor Ort zu entwickeln und so die Lücke bis zum Beginn der neuen EU-Förderperiode ab 2021 zu schließen. Zudem ergibt sich eine Art Startvorteil, weil die Projekte bereits jetzt passgenau entwickelt und wirkungsvoll aufgestellt werden können. Dr. Pantazis unterstreicht abschließend: „Neben dem bereits stark nachgefragten Projekt ‚Zukunftsräume Niedersachsen‘ ergibt sich so ein breites Gesamtbild zur Unterstützung des ländlichen Raumes. Wir warten nicht, bis Menschen den ländlichen Raum verlassen müssen – wir gehen jetzt in den ländlichen Raum und packen die dortigen Probleme gemeinsam an.“



Dr. Christos Pantazis
Europapolitischer Sprecher

„MIT UNSEREM HAUSHALT 2020 HABEN WIR DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES FEST IM BLICK UND SETZEN AUF INVESTITIONEN UND NACHHALTIGKEIT.“

JOHANNE MODDER
(FRAKTIONSVORSITZENDE DER SPD-LANDTAGSFRAKTION)



HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Jan Hartge

Mitarbeit: Eva Güntzel

Layout: Werbeagentur Grass



www.spd-fraktion-niedersachsen.de



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.instagram.com/spd.fraktion.niedersachsen)



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)



SPDLTND@LT.Niedersachsen.de